

Die Bedeutung des Glaubens (im breiteren Sinne) war in der sowjetischen Gesellschaft äußerst wichtig für die Zementierung des kommunistischen Herrschaftssystems und für die Loyalität der Sowjetbürger gegenüber dem Staat. Marxismus-Leninismus war die einzige offizielle und vom Staat anerkannte Ideologie, an die alle Menschen glauben sollten. Doch den Machthabern in Moskau gelang es nicht, die kommunistischen Prinzipien in universelle menschliche Werte zu verwandeln und damit die konkurrierende Rolle der Religion zu eliminieren. Die traditionellen Glaubensrichtungen der Menschen haben sich als durchaus widerstandsfähig und erfolgreich im Kampf um die Menschenseelen erwiesen. So existierten sie im Laufe der sowjetischen Geschichte jahrzehntelang nebeneinander – die kommunistische Ideologie und die Religion.

Und die historische Ironie der Geschehnisse war die Tatsache, dass der Marxismus-Leninismus, der ursprünglich als Religion der Massen und der unteren sozialen Schichten gedacht und bestimmt war, allmählich zur heuchlerischen Pflichtreligion der herrschenden Oberelite wurde. Je deutlicher die allgemeine Systemkrise der Sowjetunion wurde, desto obsolet erschien die Frage seiner Glaubwürdigkeit und desto mehr Menschen wendeten sich ihrem traditionellen Glauben zu. Dies trifft besonders auf die islamischen Gemeinschaften des ehemaligen UdSSR-Raumes zu, die von kommunistischer Ideologie am wenig-

sten akkultiviert worden waren und nach dem Zusammenbruch des Vielvölkerstaates vor dem akuten Dilemma der Auswahl ihres künftigen Entwicklungsmodelles standen.

Zusammenbruch und Neubeginn

Der Zusammenbruch der Sowjetunion ermöglichte sechs islamisch geprägten postsowjetischen Republiken die Chance, neue, weltoffene und demokratische Gesellschaften aufzubauen. Zur gleichen Zeit gewann der Islam an unbeschreiblicher Popularität, und es gelang ihm eine massenhafte Verbreitung. Niemand bezweifelte mehr die führende Rolle des Islam, der die Kultur und die Tradition des Staates prägte. Kasachische, usbekische, tadschikische und die Staatspolitiker anderer Nationen unterstrichen nun absichtlich ihre Glaubenszugehörigkeit. Der gleiche Prozess war auch in islamischen Republiken der russischen Föderation – im Wolga-Gebiet und im Nordkaukasus – zu sehen. Und während in der sowjetischen Zeit der Besuch der Moschee als unerwünscht und verurteilungswürdig galt, feierte man Ramadan, Kurban-Bairam und andere islamische Feste von nun an auf offizieller Ebene.

Die Besonderheit der postsowjetischen Entwicklung in den islamischen Republiken war jedoch auch durch die Aktualisierung der Frage gekennzeichnet, ob Islam und Demokratie in den neuen postsowjetischen Transformationsländern überhaupt friedlich miteinander und nebeneinander existieren könnten. Denn

keine dieser islamischen Republiken hatte wirtschaftliche Prosperität und Entstehung von zivilen Gesellschaften zu verzeichnen. Ganz im Gegenteil, die rasche Entstehung der breiten Kluft zwischen der armen Mehrheit der Bevölkerung und der sagenhaft reichen neuen (politischen und wirtschaftlichen) Elite, die direkt oder indirekt mit kriminellen Gruppen verbunden oder selbst krimineller Natur war, verstärkte die tiefe Frustration der Massen und ihre Enttäuschung von den vermeintlichen Werten der Demokratie. Die reichen Naturschätze beziehungsweise Erdöl- und Erdgasressourcen Aserbaidschans, Kasachstans, Turkmenistans und Usbekistans kamen nicht den einfachen Menschen zugute. Die Mythen über Reichtümer von Aliwys Clan, der Nasarbajew- oder Karimow-Familien wie auch von Sapharmurat Nijasow in Turkmenistan ufern aus. Die Realität scheint aber noch viel schlimmer zu sein.

Kuriöse Formen der Demokratie

In allen islamischen Republiken der ehemaligen UdSSR haben wir es nicht mit den neuen nationalen politischen Eliten zu tun, sondern mit den korporativen Gruppen, die noch in der sowjetischen Vergangenheit entstanden und kommunistisch-bürokratischen Ursprungs sind. So lässt sich auch der meist diktatorische und kriminelle Charakter der Regime in Zentralasien erklären sowie die Art und Weise, wie man die Demokratie in der Region versteht, die oft nichts anderes bedeutet, als nur tolerant und gehorsam gegenüber dem bestehenden Regime zu sein.

Die „Entwicklung“ der Demokratie in postsowjetischen islamischen Republiken nimmt ganz neue, oft kuriose und eigenartige Formen an. So heiratete der Sohn des kirgisischen Präsidenten 1998 die Tochter des kasachischen Präsidenten (die Ehe dauerte übrigens nicht lange). Der fast ständig im Krankenhaus lie-

gende aserbaidshanische Präsident lässt seinen Sohn auf seine Rolle als neuer Präsident der Nation vorbereiten. Der merkwürdige Tyrann von Turkmenistan, Sapharmurat Nijasow, der große Vater aller Turkmenen, der jede zweite Stadt des Landes auf seinen Namen umbenennen lässt, verschönert mit seinen Bildern und Denkmälern alle Plätze und Gebäude jeder besiedelten Ortschaft des Landes. In der russischen Föderation wiederholte sich das Bild mit einigen wenigen Abweichungen vom Schema. Wenn die Regime in Zentralasien auch eine nationale Farbe tragen und vor niemandem verantwortlich sind als vor sich selbst und vor dem Volk, so stehen die nationalen Eliten in den islamischen Republiken Russlands doch unter dem Diktat des Zentrums in Moskau.

In einer solchen Situation erwies sich der Islam Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre als einziges Mittel mit ausreichender ideologischer Grundlage, die Frustration und die Enttäuschung der Massen in ihre Mobilisierung gegen die korrupten Machthaber zu verwandeln. Das war gewissermaßen auch der Protest der Gesellschaft, die in Anbetracht der tiefen wirtschaftlich-sozialen Krise und im Gegensatz zu der inakzeptablen „westlichen“ Demokratie ein neues Modell ihrer Entwicklung zu finden versuchte.

So entstanden damals zahlreiche islamische Organisationen und Stiftungen, die politisch kurz vor dem Zusammenbruch der UdSSR in der „Partei des Islamischen Wiederauflebens“ mit Zentrum in Taschkent (Usbekistan) vereinigt waren. Allerdings verursachten die weiteren politischen Prozesse beziehungsweise der endgültige Zerfall des sowjetischen Raumes die unterschiedlichen Entwicklungen in Bezug auf den Islam und sein politisches Engagement in den postsowjetischen Republiken.

Die strukturelle und ideologische Schwächung der Sowjetunion stärkte im

Zusammenspiel mit den anderen Faktoren den Islam sowohl im alltäglichen Leben der Menschen als auch generell seine Rolle in der Innen- und Außenpolitik der Republiken. In Zentralasien, besonders aber in Usbekistan und Tadschikistan war der politische Inhalt der islamischen Bewegungen durch seine sozialen Charakter bestimmt. In traditionell konservativen tadschikischen und usbekischen Gemeinden mit der überwiegenden Mehrheit einer armen Landbevölkerung fand der islamische Radikalismus reichen Nährboden.

Islam als Machtinstrument

Korruption, mittelalterliche Methoden der Regierung, absolute Entfremdung zwischen den Machthabern und den Massen, all dies war genug Nährboden für einige politische Organisationen, mit den Ideen des gerechten islamischen Staates auf der politischen Bühne aufzutreten. Die Ähnlichkeit der sozial-wirtschaftlichen und politischen Probleme in der gesamten zentralasiatischen Region trug dazu bei, dass diese oft fälschlicherweise als islamistisch-fundamentalistisch bezeichnete Bewegung international und fast in allen Republiken repräsentiert wurde.

In Usbekistan waren das die „Islamische Bewegung Usbekistans“ und „Hesbu-tahrir“. Während die erste Organisation mit Gewalt die Diktatur von Karimow umstürzen will, strebt die zweite das Gleiche mit friedlichen Mitteln an (allerdings auch im Untergrund).

In Tadschikistan formierte sich nach dem Regional- und Clanprinzip das ganze Konglomerat der islamischen Oppositionsparteien, deren Unterdrückung seitens der postsowjetischen Regierung zum blutigen Bürgerkrieg und hunderttausenden Opfern führte. Nur nach den großen Bemühungen der Regionalmächte – von Russland und dem Iran, von Afghanistan und Usbekistan – gelang es, den Frieden wiederherzustellen.

Relativ stabil erscheinen Kasachstan, Kirgistan und Turkmenistan. Jedoch spielen in den ersten beiden Republiken der Faktor der großen russischen Bevölkerungsminderheiten, die relative wirtschaftliche Stabilität und zumindest der Scheinliberalismus der Regierung wie auch ihre feste politisch-ökonomische Verbindung mit Russland eine entscheidende Rolle. In Turkmenistan hingegen verhindert der absolute und uneingeschränkte Totalitarismus von Nijasow jede Art von Opposition (auch islamische) und Widerstand gegenüber seinem Regime.

Nationalistische Konflikte im Nordkaukasus

Die strukturelle Umwälzung der postsowjetischen Gesellschaften in den islamischen Republiken Russlands verlief nach gänzlich anderem Muster als in Zentralasien. Als die Sowjetunion in sich zusammenfiel, wurde dieser Prozess nicht nur von den Titelnationen der Unionsrepubliken, sondern auch von den kleineren Völkern der russischen Föderation als die nationale Befreiung wahrgenommen. Das Zentrum in Moskau war in der Masse geschwächt, denn der berühmte Ausspruch von Präsident Jelzin – „Nehmt so viel Souveränität, wie ihr schafft“ –, den er an die Adresse der Föderationssubjekte richtete, wurde von vielen als direkter Verzicht auf die Vormachtstellung der Russen verstanden. Wie in Zentralasien wurde der Islam bei den Tataren, Baschkiren, Tschetschenen, Dagestanern, Kabardinern und anderen moslemischen Völkern zum identitätsstiftenden Faktor, der von nun an sogar staatlich gefördert werden sollte. Doch die Komplikationen ließen nicht lange auf sich warten.

Während das Zusammenleben der moslemischen Völker des Wolga-Gebiets und der Russen eine jahrhundertealte Geschichte hat, erfolgte die Eroberung des Nordkaukasus durch das Zarenreich erst

in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Der Islam war damals die Hauptideologie, die zum Kampf und heiligen Widerstand, *Gasavat*, gegen die russischen Truppen motivierte. So sind die islamische Tradition und die historischen Erinnerungen (Ressentiments) der Nordkaukasier, aber besonders der Tschetschenen und Dagestaner weitgehend durch diese Vergangenheit geprägt, die heute oft als kaukasisch-russischer Antagonismus dargestellt wird.

Die Nationalisierung der Politik im Nordkaukasus führte automatisch zu seiner bestimmten „Islamisierung“, besonders bei den Tschetschenen und Dagestanern. Dies bot den Anlass dafür, die Rolle des Islam in den Konflikten zwischen dem Zentrum in Moskau und den Föderationssubjekten als ausschlaggebend zu bezeichnen. Entsprechende Argumente spielten im Konflikt zwischen Tschetschenien und Moskau eine wichtige Rolle. Doch das brutale Vorgehen der russischen Regierung in Tschetschenien hatte die Verstärkung einer Tendenz zur Folge, die schon im neunzehnten Jahrhundert deutlich war – die Radikalisierung der tschetschenischen Gesellschaft. Der dauernde Krieg und die Aussichtslosigkeit, wohl auch die Unterstützung verschiedener islamischer Gruppen in arabischen Ländern, förderten die starke Orientierung der tschetschenischen islamischen Bewegung, die von vielen Tschetschenen mit der Unabhängigkeitsbewegung gleichgesetzt wird, an der fundamentalistischen Ideologie der Islamisten. Selbstverständlich ist auch, dass sich der Radikalismus des Islam im Nordkaukasus im direkten Zusammenhang mit dem Krieg und der Instabilität in der Re-

gion befindet, und solange sich die russische Politik in der Region nicht ändert, werden die einfachen Bürger Russlands mit ähnlichen Terroranschlägen wie in Budjonovsk (1995) oder Moskau (1999, 2003) rechnen müssen.

Wirkliche Demokratisierung fehlt

Die Ereignisse vom 11. September 2001 verschärften die Diskussionen über die Rolle des Islam im ehemaligen sowjetischen Raum. Man stellt die tschetschenischen Rebellen und usbekischen Islamisten im Untergrund in eine Reihe mit den El-Kaida-Terroristen, ohne die Ursachen der Probleme zu unterscheiden.

Eines ist aber trotzdem festzustellen: Die Radikalisierung der islamischen Bewegung geschieht nicht nach eigener Logik, sondern hängt von vielen verschiedenen Faktoren ab. Die Modelle der Demokratie und der Transformation, die von postsowjetischen (in der Tat aber noch sowjetischen) Eliten der islamischen Republiken den einfachen Menschen präsentiert wurden, waren mehr als unattraktiv und ambivalent. Sie führten zur Verstärkung des sozialen Protestes in Zentralasien, der die zunehmende Radikalisierung und Islamisierung der Massen mitbrachte.

Im Nordkaukasus nahm dieser Prozess auch die national-politischen Elemente in sich hinein und versah die Integrität und Festigkeit des russischen Staates mit Fragezeichen. Im postsowjetischen Raum ist das Modell der „islamischen Demokratie“ misslungen, denn ein wirklicher Versuch hat überhaupt nicht stattgefunden. Gerade deswegen wird dieses Problem seine Aktualität noch lange behalten.